

Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat. Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Köfelen.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köfelen.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 24/25.
Fernsprecher: Amt Köfelen Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22322

Anzeigenlofen: die 43 mm breite Millimeterzelle 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzelle im Reklametell 20 Pf.
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtpostkasse Nebra — Bantverein Aeten.

Nr 130

Sonnabend, den 2. November 1929

42. Jahrgang

Ergebnis des Volksbegehrens.

Nebra, 1. November. Das letzte Resultat für das Volksbegehren ergibt 3 019 995 Stimmen von 31 288 888 Wahlberechtigten, das heißt 9,7 Prozent.

Am Strefemanns Erbe.

Beratungen der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 1. November.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei war in ihrem Fraktionszimmer zu einer Sitzung zusammengetreten, die sich zum ersten Male nach dem Tode Strefemanns eingehender mit der gelamten politischen Lage beschäftigte. Die Sitzung dauerte bis in die frühen Nachmittagsstunden, und es wurden alle wichtigen Fragen der auswärtigen und der inneren Politik behandelt.

Zur auswärtigen Politik hatte Dr. Curtius das Wort ergriffen. Es war den Ausführungen zu entnehmen, daß die Partei von der bisher eingehaltenen Linie ihrer Politik nicht abzuweichen gewillt ist. Schon vor der Fraktionsbildung ging die Stimmung der Abgeordneten der Volkspartei dahin, daß verjast werden soll, den Youngplan trotz aller schweren Bedenken gegen die durch ihn der deutschen Volkswirtschaft auferlegten Lasten parlamentarisch zu erledigen und Johann mit der Sozialdemokratie die Reform der Reichsfinanzien, insbesondere der Steuern, zu verhandeln.

Da mit der endgültigen Betragung Dr. Curtius' als Außenminister in den nächsten Tagen gerechnet werden kann, würde das Reichswirtschaftsministerium frei werden, mit dessen Befehlsgewalt durch ein Mitglied der Volkspartei gerechnet wird.

Die Haushaltung des Reiches.

Hilferding vor dem Haushaltsausschuß.

Berlin, 31. Oktober.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages gab Reichsfinanzminister Dr. Hilferding einen Überblick über die Haushaltslage des Reiches. Er tat auf besprechende Beratung des Geheltesentwurfes zur Veränderung der Reichshaushaltsordnung. Dem Reichstag werde in dieser Hinsichtung noch ein Nachtragshaushalt für 1929

und auch der Haushaltsplan für 1930 gegeben. Die Beratungen der Reichshaushaltsordnung müßten dann abgeschlossen sein, damit an diesen Entwurf sofort herangegangen werden könne. Er habe schon bei der Haushaltsberatung für 1929 darauf hingewiesen, daß ein Nachtrag notwendig sein würde. Einmal seien durch

Die Sparmaßnahmen des Reiches.

Die Haushaltsanlässe, die eingekringelt worden, daß gewisse Veränderungen notwendig seien. Er habe rüchlos über- und außerplanmäßige Ausgaben getroffen. In gewissem Umfange müßten aber erhöhte Ausgaben nachträglich in den Haushalt eingestellt werden. Den Nachtrag werde er sofort vorlegen, wenn die Haager Verhandlungen über den Young-Plan mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen seien.

Der Minister erklärte weiter, es könne keine Rede von einer angeblichen Verschleppung der Vorlage des Nachtragshaushalts und von einer dadurch eintretenden Verpelung von Reichsgeldern sein; denn solange der Nachtrag nicht vorgelegt ist, könne auch keine Ausgabe erfolgen.

Der Haushalt für 1930

werde auf der Finanzreform aufgebaut sein, die eine Senkung der Steuerlast zum Ziele habe. Die Reform werde an einer Senkung der Einkommensteuer und an den Realsteuern nicht vorübergehen. Sie habe zur Voraussetzung eine echte Valutierung des ordentlichen Haushalts und eine fortschreitende Gesundung des außerordentlichen Haushalts.

Die Sanierung der Rentenlage.

Insoweit sie auf dem ungedeckten Aktienordinarium beruhe, könne durch Anleihen erfolgen. Als im Jahre 1928 im Reichstag das Arbeitsbeschaffungsprogramm gebilligt worden sei, seien sich alle Parteien darin einig gewesen, daß dieses Programm durch langfristige Anleihen gedeckt werden soll. Diese Erwartung habe getäuscht. Es müßte aber jetzt versucht werden, wenigstens einen Teil der langfristigen Kredite in langfristige umzuwandeln. Der Minister erklärte, er habe nicht gezögert, die zu günstigen Bedingungen angebotene Anleihe von einer halben Milliarde Mark mit Kreuzer und Toll abzulassen. Die durch sie eingehenden Beträge würden nur zur Abdeckung der langfristigen Kredite benutzt werden, was einen weiteren großen Fortschritt in der Sanierung der Rentenlage bedeute.

Von der Finanzreform könne ein gewisser Auftrieb der Wirtschaft erwartet werden.

Die Arbeitslosigkeit sei eine Folge der Rationalisierung, durch die unzureichende wieder wettbewerbsfähig geworden sei, was die aufsteigende Kurve der Ausfuhr und die Minderleistung der Handelsbilanz bewirke. Eine erhebliche Neuverteilung der Wirtschaft sei nicht eingetreten. Der Minister wandle sich zum Schluß der Vorlage zu, deren hauptsächlichster Inhalt sei:

Ungeordnete Ausgaben dürfen, insoweit Einnahmen aus Anleihen nicht zur Verfügung stehen, mit Zustimmung

des Reichsfinanzministers nur dann geleistet werden, wenn durch die Unterlassung oder Hinausschiebung der Ausgaben erhebliche wirtschaftliche Nachteile entstehen würden. Restträge, durch die das Reich zu Leistungen von über einer Million Mark verpflichtet wird, dürfen nur noch von dem Leiter der Behörden oder seinem Stellvertreter abgeschlossen werden. Entschädliche Beamte sollen in freie Stellen anderer Verwaltungen überkommen werden. Im Übrigen sollen die sonstigen Bestimmungen eine klare und durchsichtige Haushaltsführung sowie eine sparsame und wirtschaftliche Verwendung der Haushaltsmittel gewährleisten.

Abgeordneter Heiser (Soj.): Wir hatten die Zeit nicht nur für reich, sondern wir hatten es für außerordentlich dringlich, daß jetzt die Haushaltsordnung geändert wird. Den Finanzminister und auch die Aufstellung der Belegschaft des Finanzministers lehnen wir, und zwar mit aller Entschiedenheit ab.

Die Abstimmung über den neuen § 2a der Haushaltsordnung wird ausgesetzt, da eine Reformulierung durch das Ministerium gewünscht wird.

Im Verlaufe der weiteren Beratung wurde dann § 2b nach einem Antrage des Abg. Bergt (Dnat) in folgender Fassung angenommen:

Am ein europäisches Zollrecht.

Reichsregierung und Zollwaffenstillstand.

Berlin, 1. November.

Die jetzigen Beratungen des Wirtschaftsausschusses in Genf finden das lebhafteste Interesse der beteiligten Reichsregierungen, und es kann damit gerechnet werden, daß der Ausgang dieser Besprechungen für

die Gestaltung der zollpolitischen Wünsche von Bedeutung sein wird. Als besonders beachtlich darf betrachtet werden, daß der Stellvertreter des Reichswirtschaftsministeriums von Zwickelburg mit einem Konventionsentwurf führend an den Verhandlungen beteiligt ist. Es darf weiter angenommen werden, daß die Reichsregierung, falls im Februar nächsten Jahres in Genf eine Einigung möglich sein sollte, sich dem

Verzicht auf Zollrückstellungen

durchaus anschließt wird. In Verbindung damit steht die Schaffung eines europäischen Zollrechts.

Bisher hat man sich insbesondere auf den Genier Verhandlungen mit der Zollkonvention beschäftigt. Diese Fragen sind infolgedessen für Deutschland von besonderer Bedeutung, als man bereits seit langer Zeit mit der

Erneuerung des deutschen Zollrechts

befasht ist. Denn dieses Zollrecht, das noch aus dem Jahre 1869 stammt, ist überaus reformbedürftig. Es hat aber keinen Zweck, hier noch eine Reform vorzunehmen, wenn innerhalb einer bestimmten Frist mit einer Vereinbarlichung der zollpolitischen Bestimmungen in Europa verednet werden kann.

Schwierige Kabinettsbildung in Paris.

Daladier gibt seinen Auftrag zurück.

Paris, 31. Oktober.

Der Vorsitzende der Radikal-Sozialistischen Partei, Daladier, hat sich zu dem Präsidenten der Republik Doumergue begeben, um ihm mitzuteilen, daß er, nachdem die Sozialisten abgelehnt haben, den ihm gegebenen Auftrag der Kabinettsbildung nicht durchführen könne.

In den Wandelgängen der Kammer führt man diesen Beispruch Daladiers auf den Einfluß seiner Fraktionskollegen Serriot, Caillaux und Walry zurück. In den frühen Morgenstunden wird in Paris bekannt, daß Daladier, nachdem er bis nach 1 Uhr nachts seine Beratungen fortgesetzt hatte, endgültig auf die Regierungsbildung verzichtet.

Daladier begründet seinen Entschluß damit, daß es ihm nicht möglich sei, ein Einverständnis herzustellen und er im Einverständnis mit seinen politischen Freunden die Bildung einer Konzentrationregierung verweigern müsse. In einer Erklärung, die der Präsident der Radikalen abgab, heißt es u. a., daß er seit seiner Beauftragung mit der Kabinettsbildung stets das Ziel verfolgt habe, eine Vintregierung zu bilden, die, von einer Mehrheit unterstützt, die soziale Reform und die Organisation des Friedens sowie der Einschränkung der Speers Ausgaben veredliche. Eine derartige Politik habe die Mitarbeit und Verantwortlichkeit sämtlicher Vintgruppen erfordert.

Wenn auch der Beispruch der Sozialisten eine Unterbrechung seiner Politik zuliege, so verweigerten sie doch die Mitverantwortung an der neuen Regierung. Im ersten Augenblick habe es gegliessen, als ob eine Fortsetzung der Bemühungen dennoch von Erfolg gekrönt sei, wenn sich die Regierung auf die übrigen Vintgruppen stützen könne.

Mißstimmung bei den Sozialisten.

Die Entscheidung des sozialistischen Nationalrates, der sich mit knapper Mehrheit gegen die Beteiligung an einer Regierung Daladiers ausgesprochen, und damit die Entscheidung der parlamentarischen Gruppe umliebt, hat in Kreisen der

sozialistischen Beteiligten Anhänger lebhafter Zustimmung hervorgerufen. Am Dienstag verammelten sich etwa 60 sozialistische Abgeordnete in der Kammer, um darüber zu beraten, ob sie das Urteil des Nationalrates anerkennen sollten.

Es wurde einstimmig beschlossen, die Angelegenheit vor eine außerordentliche Nationaltagung der Partei zu bringen, die noch vor dem 1. Januar einberufen wird. Dieser Nationaltagung soll eine Protokollkommission unterbreitet werden, bei deren Vortragsfähigkeit die Anhänger der Beteiligungspolitik in Erwägung ziehen, aus der Partei auszutreten.

Am Schluß dieser Beratung wurde eine von Vincent Auriant verfasste Entschließung angenommen, in der die Anhänger der Beteiligungspolitik der radikalsozialistischen Partei ihren Dank für das offene Angebot aussprechen, das sie den Sozialisten gemacht hätten. Sie würden auch weiterhin jede Politik unterstützen, die die Reform und den Frieden zum Ziel habe.

... und Lardieu im Hintergrunde.

Clementel bei der Regierungsbildung.

Paris, 1. November.

Der Bildung des Kabinetts Clementel steht man im allgemeinen zuversichtlich entgegen, obgleich von der Verteilung der Ministerstellen noch nicht die Rede gewesen ist. Man glaubt allgemein, daß außer Briand Lardieu als Kriegs- oder Marineminister, Cheron als Finanzminister, Magnin als Kolonialminister und Loucheur als Arbeitsminister dem Kabinettsmitglied angehören werden. Von den Radikalen hätten Chaumemps, der Senator Besnard, Lueuille, Marchandau, Berthand und André Hesse die meiste Aussicht. Clementel werde voraussichtlich das Portefeuille für Handel und Industrie sowie das der Post übernehmen.

In der Kammer ist man auf eine Regierung Clementel weder besondere Begeisterung noch irgendwelche Ablehnung entgegen. Die vereinigten republikanischen Demokraten (Marin-Gruppe) haben eine Belaubartung veröffentlicht, nach der sie einstimmig beschlossen haben, die Fühlung mit den benachbarten republikanischen Gruppen aufrecht zu erhalten, um sowohl in bezug auf die Innen- als auch auf die Außenpolitik die Arbeiten fortzuleben, die im nationalen Interesse vor drei Jahren von Poincaré begonnen wurden. Sie rechnen wohl stark mit einem Scheitern Clementels, dem dann Lardieu folgen dürfte.

Der deutsch-polnische Ausgleich.

Polens Verzicht auf Liquidationen.

Berlin, 1. November.

In parlamentarischen Kreisen werden die deutsch-polnischen Verhandlungen mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, da sie zweifellos das Gesamtverhältnis der deutsch-polnischen Beziehungen in hohem Maße beeinflussen werden. Wenn auch kein direkter Zusammenhang zwischen den jetzigen Liquidationsverhandlungen und den Handelsvertragsverhandlungen besteht, so darf doch angenommen werden, daß von einem betrieblichen Ausgleich auch der Fortgang der Handelsvertragsverhandlungen günstig beeinflusst wird.

Der Kernpunkt der deutsch-polnischen Verhandlungen drehte sich um die Liquidationen, und hier hat sich die polnische Regierung bereit erklärt, gemäß dem Empfehlung des Young-Planes die Liquidation in Zukunft einzustellen. Weiter die Forderung werden voraussichtlich eine finanzielle Einigung erfolgen, und ebenso wird der Verzicht, der sich jetzt noch in der Hand deutschstämmiger polnischer Staatsbürger befindet, der Zugestehen der polnischen Regierung übergeben sein.

Pilsudski und der Sejm.

Gesichte um den Rücktritt des Kabinetts.

Warschau, 1. November.

Im polnischen Parlamentsgebäude fand eine Sitzung der Präsidium statt, und der Jentrolow, d. h. der neue parlamentarische Bloß des Jentroms und der Linksoption, trat zu einer vorbereitenden Sitzung zusammen, um verschiedene Anträge auszuarbeiten und letzte Beschlüsse bezüglich der Politik gegenüber der Regierung zu fassen. Außerdem fand in einer Privatwohnung eine Führebesprechung des Jentrolow statt, auf deren Tagesordnung die Fühlung des Jentrolowes des gemeinsamen Mißtrauensantrages gegen das Kabinettsmitglied stand. Der Antrag soll vermutlich im letzten Tage der Generaldebatte eingebracht werden. Sowohl die nationaldemokratische wie die sozialistische Fraktion haben weitere Sitzungen angekündigt.

Der Ministerpräsident Emszylski, der auf der Sitzung des Wirtschaftsausschusses der Regierung von einem Mißbehalt sein befehlen wurde, hat das Zimmer hüten müssen. Es ist noch nicht bekannt, wann der Ministertrat zusammen treten wird. In den Wandelgängen hat sich das Gerücht verbreitet, daß das Kabinettsmitglied Emszylski zurücktreten soll; aber doch vor dem Rücktritt stehe. Man will daraus folgern, daß

Marshall Bilinski selbst die Wölfe habe, an der Spitze eines neuen Kabinetts den Kampf mit der Opposition aufzunehmen

Vergewaltigung des polnischen Sejm.

Warschau, 1. November. Die auf 4 Uhr nachmittags angelegte Eröffnung der Sejmung ist durch ein völlig unerwartetes Ereignis verhindert worden, das sich bis zum Konflikt zwischen Regierung und Parlament auszuwickeln beginnt. Kurz vor 4 Uhr eröffnete Marshall Bilinski persönlich in dem Gebäude, wo er in der Halle von über 100 Offizieren in voller Uniform empfangen wurde. Der Sejm-Marshall Bilinski ließ sich veranlassen, die Offiziere aufzufordern, das Haus zu verlassen, da er die Sitzung vorher nicht eröffnen. Die Offiziere kamen dieser Aufforderung aber nicht nach, und darauf wandte sich der Sejm-Marshall schriftlich an den Staatspräsidenten und bat ihn um seinen Eintritt. Kurz vor 5.30 Uhr betrat Marshall Bilinski das Zimmer des Sejm-Marschalls und forderte ihn auf, die Sitzung zu eröffnen. Der Sejm-Marshall antwortete, daß er dieser Aufforderung nicht nachkommen könne. Bilinski stellte darauf die kurze Frage: „Sind das Ihre letzten Worte?“ Als Bilinski mit „Ja“ antwortete, verließ Marshall Bilinski das Zimmer und ließ aus dem Sejm ab. Welche Folgen daraus sich aus dieser Lage ergeben werden, läßt sich im Augenblick nicht übersehen.

Aus dem In- und Auslande.

Bankangestellte im Reichsarbeitsministerium.

Berlin, 1. November. Die bereits angekündigte Konferenz mit den Vertretern der Angestelltenverbände wegen der sich aus der Großbanken-Fusion für die Arbeitslosen ergebenden Fragen fand unter dem Vorsitz von Ministerialrat Biegele, mit dem auch Regierungsrat Feuer erörterten wurde, statt. Die Vorstehende brachte ein längeres Schreiben des Reichsverbandes der Bankstellungen zum Vortrag, dessen Inhalt die Verbandsvorleiter jedoch nicht befriedigen konnte, zumal genaue Angaben über die beschlossenen Abgeltungen nicht gemacht werden. Nach Erörterungen über die Arbeitszeit wurde schließlich einmütig dem Wunsch Ausdruck gegeben, den Organisationen den Vorlauf des Brieves zugänglich zu machen, damit dazu eingehend Stellung genommen werden könne. Ministerialrat Biegele sagte ausdrücklich zu, daß das Arbeitsministerium bereit sei, seine Vermittlungstätigkeit fortzusetzen.

Aus dem Reichsrat.

Berlin, 1. November. Der Reichsrat genehmigte in einer Sitzung am Donnerstag die Verlängerung der Gültigkeitsdauer einer Verordnung über Forderung für Rohstoffe um zwei Jahre. Danach soll Rohstoffe, die als Verbrauchsmittel wieder ausgeführt werden, zollfrei eingeführt werden dürfen. Der dem Reichsrat zugeleitete Entwurf des neuen Republiklichkeitsgesetzes wurde den zuständigen Ausschüssen zur Beratung überwiesen.

Ein Witzblatt in der Wahlurne.

Frank, 1. November. In der Wahlurne eines Goshorner Wahllokals befand sich auch ein Umschlag, in dem fast die Kandidatenliste ein Zettel lag mit der Aufschrift „Seite 41, Vers 24“. Der Bes. lautet: „Siehe, Ihr seid aus nichts und aus Euer Tun ist auch aus nichts und Euch zu wählten ist ein Greuel.“

Die Ueberführung der Leiche des Fürsten Bülow.

Rom, 1. November. In der Zeit von 11 bis 3 Uhr fand in der Villa Maletti die Aufbahrung des ehemaligen Reichskanzlers Fürst Bülow statt. Am 17. Uhr erfolgte die Einsegnung der Leiche durch den Pfarrer der deutschen Kirchengemeinde in Rom. Sodann wurde der Sarg geschlossen und zum Bahnhof gebracht, wo er mit dem Zuge um 22.10 Uhr nach Deutschland abging.

Um die Abschaffung des englischen Geheimdienstes.

London, 1. November. Der liberale Unterhauseingekordnete Sore-Belliba kündigte an, daß er in der nächsten Woche um Ministerpräsidenten Auskunft über die angeblich beachtliche Abschaffung des englischen Geheimdienstes verlangen werde. Er etwa 14 Tagen war durch Außenminister Bamberton mitgeteilt worden, daß er Befragungen mit anderen Mächtig über die Frage des Spionagegeheimnisses hatte. Bamberton gab damals der Hoffnung Ausdruck, daß im Anschluß an die fünf-Mächte-Konferenz ein Abkommen aus über diese schwierige Frage erreicht werden könne.

Neue Bauernverschöndungen gegen die Sowjetregierung.

Moskau, 1. November. Die G.P.U. hat im nördlichen Kaukasus eine gegenrevolutionäre Bauernorganisation, der frühere Gutsherr, Schlichter und reiche Bauern angehören, angelegt. Die Organisation hatte eine neue Partei, „Russische Agrarische Volkspartei“, gegründet und beschloß auch Zweigstellen im Terekgebiet und Dagestan. Sie fand unter der Leitung des Diplomatenwirts Koloschinski. Es sind viele Mitglieder derselben verhaftet worden, die vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Kleine politische Meldungen.

Abkündigung eines kommunistischen Streikauflösungs. Das Reichsamt in Briz hat den kommunistischen Streikauflösung in Briz aufgelöst und seine weitere Tätigkeit verboten.

Zusammentritt des polnischen Sejm. Der polnische Sejm tritt im Rahmen der ordentlichen Hausabstimmung zu seiner ersten Sitzung zusammen.

Der neue rumänische Gesandte in Berlin? Amstättler der in den nächsten Tagen an erwartenden Regierungsumbildung soll der bisherige Arbeitsminister Babucanu zum Gesandten in Berlin ernannt werden.

Die Heimkehr Böß.

Eine Fahnen-Kundgebung gegen den Berliner Oberbürgermeister.

Berlin, 1. November. Durch ungünstige Futtermittelverhältnisse war die Landung des Dampfers „Bremen“ in Bremerhaven, der den Berliner Oberbürgermeister Böß und die übrigen Vertreter der Stadtverwaltung zurückbrachte, länger als erwartet verzögert worden, um so mehr, als das gigantische Schiff auch eine Drehung von 180 Grad vornehmen mußte. Im Augenblick, da das Publikum vom Kai aus den Passagieren zugunkehen begann, setzte auf der Terraße unerwartet eine Demonstration gegen den Berliner Oberbürgermeister ein.

Ganz plötzlich tauchte nämlich eine mehrere Meter lange Fahne auf, die mit der Aufschrift versehen war: „Starek-Böze für 1000 Mark.“ Die Zahl 1000 war durchgestrichen, und darunter standen die Worte: „Für Herrn Böß für 400 Mark.“ Da sich das Publikum vor dieser Fahne flaute, sah sich die Polizei genötigt, einzufreiten. Die Fahne ist beschlagnahmt worden.

Oberbürgermeister Böß wurde bei seiner Ankunft von dem Bürgermeister Scholz, der bekanntlich einen nach Bremen-Cherbonen gereist war, über die Starek-Affäre eingehend unterrichtet, worauf Bürgermeister Scholz mit dem direktenden Zug wieder nach Berlin zurückfuhr. Oberbürgermeister Böß hingegen benutzte den fahrplanmäßigen Zug nach Bremen.

Der Empfang des Oberbürgermeisters Böß in Berlin war herzlich feierlich zu nennen. Eine riesige Menschenmasse hatte sich zu seiner Begrüßung am Bahnhof Zoologischer Garten eingefunden, die ihm schon beim Verlassen des Zuges allerlei Fremdenhelfen zusetzte. „Bürgermeister“, „Starek-Schreiber“ wurde gerufen und der obdieses Geschehens aus stark emotionale Stimmung mußte auf ihm liegen den Bahnhof verlassen und im Auto nach seiner Wohnung fahren. Auch größer aber gefaltete sich der Tumult vor der Behausung des Oberbürgermeisters beim Verlassen des Autos. Hier mußte der Bekhörer billiger Pelze mit seiner Frau geradezu Speichern zwischen dem sich gebildeten Demonstrationshaufen laufen. Die Polizei war möglich der johlenden Menge gegenüber und hatte eine schwere Aufgabe, ihren Schützling vor Tätlichkeiten zu bewahren. — Wie ganz anders moog sich der Herr Oberbürgermeister das Wiederkommen beim Abnehmen der Dargestellt haben! — Ja, auf Rückkunft ist eben kein Verlaß, sie wehelt wie das Wetter, das haben schon andere Größen als Oberbürgermeister erfahren müssen. Und Herr Böß wird der Letzte auch nicht sein, der von jener Saal, die er hat streuen helfen, auch Ernst einheimt, denn der Stein ist ins Rollen gekommen.

Der große Fehltrag der A.W.

Bürgermeister Kohl vor dem Starek-Ausflug.

Der Starek-Unterdrückungsausschuss des Breussischen Landtages vernahm am Donnerstag zunächst den Cöpenicker Bürgermeister Kohl, der der sozialdemokratischen Partei angehört. Kohl war eine Zeitlang Vorsitzender des Ausschusses der Berliner Anstaltsgesellschaft. Er erklärte zu seiner Zeit sei Starek, was einer der Hauptisefesthalten, aber nicht der einzige gewesen. Klagen über die Waren der Starek seien damals nicht laut geworden. Der erste Vertrag mit dem Starek, für den allein seine Beteiligung in Frage komme, sei für die Stadt nicht ungenüßig gewesen.

Auf kommunistische Fragen erwiderte der Zeuge Kohl, daß er persönlichen Verkehr mit dem Starek erst gepflogen habe, nachdem er mit der Anstaltsgesellschaft und der Arbeitervertriebsgesellschaft nichts mehr zu tun hatte. Auf den Hinweis eines kommunistischen Abgeordneten, daß Kohl in der Öffentlichkeit behauptet werde, gerade in dieser Zeit Geschäftsverträge geschlossen zu haben, sich Mittel zum Kauf einer Villa zu beschaffen, erwiderte der Zeuge, er habe diese Mittel bei einem Bankhaus aufgenommen. Da ihm die Zinsen aber höher drückten, habe er sie durch eine Hypothek abgelöst. Der Kauf der Villa stehe in seiner Verbindung mit seinen Beziehungen zu dem Starek und anderen Personen, die mit dem Starek Verbindung hätten.

Auf Fragen, wie er sich den großen Fehltrag bei der A.W. erkläre, erwiderte der Zeuge, die A.W. habe nur ein Geschäftskapital von 20 000 Mark gehabt, das viel zu gering war. Sie habe daher hohe Kredite aufnehmen müssen, die ihr eine große Zinslast auferlegt hätten. Besonders stark habe die A.W. unter der Inflation gelitten.

Die Vernehmung des Zeugen Kohl wurde in der Vormittagspause des Ausschusses noch nicht zu Ende geführt. Verhörsfragen ergab die Feststellung, daß der damalige Direktor der Anstaltsgesellschaft, Kieburg, Anfang 1922 das Gehalt eines Regierungspräsidenten zugänglich 30 Prozent der Gesamtbezüge erhielt. Es gab dann einen kleinen Zwischenfall. Angeichts der langen Vernehmung des Zeugen Kohl mußte der demokratische Abgeordnete Kieburg eine Bemerkung in der Kommissionen und die Deutsche Volkspartei wollten nur die Vernehmung des Stadtrats Gabel verhindern. An seiner Erwiderung nannte der vollparteiliche Abgeordnete Stenbel diesen Vorwurf eine der schlimmsten Verleumdungen, die er je gehört habe. Nach weiteren Auseinandersetzungen trat man schließlich in eine Pause ein.

Aus der Amgegend

Neuba, 2. November.

Sonnenfiskus.

Ob die zu gestern mittag 7.12 Uhr für Mitteleuropa angelegte teilweise Sonnenfiskus stattgefunden hat, vermag niemand zu bestätigen, denn man hat die Sonne bereits seit mehreren Tagen nicht gesehen; die ganze Woche hindurch war eine permanente Sonnenfiskus. Ob nun der Mond oder dicke Wolkenmassen wie die belebende Sonne versperren, bleibt sich schließlich gleich, jedenfalls hat sich heute wohl niemand wegen der Sonnenfiskus das Mittagessen mit werden lassen. Die Wissenschaftler, die sich immer lange vorher zu einem beratigen Vortrag im Weltkongress rufen, sind diesmal nicht auf ihre Rechnung gekommen.

Die Radfahrervereinigung hält heute Sonnabendabend im Gesellschaftsraum in der „Burg“ ein Langstreckenab, an dem auch Gäste teilgenommen und frohe Stunden miteinander verbracht wurden.

Stadt-Spielplatz. Am Sonntagabend gibt die weiße Wand das tragische Schicksal eines politischen Spions wider, der das Mischgeschick hatte, verraten und gefolgt zu werden. Der russische Diktator war und ist noch immer derjenige Herrscher in der Sowjetrepublik, in dem einmal der Anfang des Zusammenbruchs der unhaltbaren Staatsform sich abspielen wird; darum ist auch dort für Spione das ausgiebigste Arbeitsfeld. — Der zweite Film soll den Besuchern etwas von dem Eisenleben in Brasilien verraten.

Schmaus. Die Stimmzeit ist vorüber — es lebe die Zeit der Schmäuße, die schließlich der erlernten in nichts nachsteht. Den ersten Schmäußschmaus veranstaltete am kommenden Dienstageabend Herr Möder in seinem Hotel „Zur Burg“. Die gute Rede nicht minder die wohlgeplante Getränke in der „Burg“ haben einen guten Ruf und bürgerlich, daß die reichen Burkvorrechte reiflos aufgezehrt werden.

Die Ribbenernete im Luftkranal. Die Ribbenernete ist in vollem Gange und wird trotz der kalten Witterung ununterbrochen fortgesetzt. Auf einem beschadigten Rittergut ist man dazu übergegangen, die Ribbenernete mittels Dampfpluges und Ribbenerneters

zu ernten. Der Morgen bringt im fruchtbarsten Luftkranal 150 - 160 Jentner Ribben. Nicht selten findet man darunter Ribben im Gewicht von 10, 12 und 14 Pfund. Auf den Saatfeldern ragen die Stäben großen Schaben an. Zu Hunderten fallen sie in die Saatfelder ein und nur die Wölfe vermag die Bögel zu vertreiben.

Kölnische. Zur Gemeinderatswahl am 17. November sind aus der Wählerliste 3 Wahlvorschläge eingegangen. Dieselben tragen das Kennwort: a) Bürgerliche Einheitsliste, b) Sozialdemokratische Partei, c) Kommunistiche Partei. Die Kandidaten der einzelnen Listen sind:

Bürgerliche Einheitsliste

Oste, August	Sauer, Wilhelm jun.	Dr. Vollmann, Arthur
Sander, Carl	Schumann, Alois	Seume, Emil
Zwarow, Alfred	Wassermann, Hans	Schumann, Fritz
Keske, Alfred	Straumann, August	Schade, Carl
Dügel, Heinrich	Weyer, Carl	Urbig, Rudolf
Schred, Oswald	Dreiner, Wilhelm	Doyle, Alfons
Schäfer, Hermann	Regler, Ludwig	Guth, Michael
Ende, Wlag	Sonnenberg, Otto	Wannow, Walter

Sozialdemokratische Partei

Beutcke, Carl	Wolf, Joseph	Wöh, Carl
Schumann, Heinrich	Wöh, Barbara	Wieber, Wilhelm
Weg, Carl	Weg, August	

Kommunistische Partei

Kömer, Otto	Wag, Hermann	Schamber, Carl
Reißner, Adolf	Kömer, Bertha	Reh, Otto
Wartin, Erich	Schred, Fritz	Wöfling, Otto
Kömer, Wilhelm	Wöbler, Alois	Honisch, Peter

Wiche. Nach der kürzlich durchgeführten allgemeinen Personenstandsaufnahme hatte unsere Stadt am 10. Oktober d. J. 2013 Einwohner, und zwar 998 männlichen und 1015 weiblichen Geschlechts. Die Zahl der Haushaltungen hat sich seit dem Strige wie überall auch bei uns wesentlich erhöht; sie beläuft sich z. B. auf 627.

Dierfurt. Lieber das Verlangen der Manufaktur- und Modebranche Otto Lanerwald hier selbst ist das Konsumverfahren eröffnet worden.

Frenburg. Bei der letzten Personenstandsaufnahme vom 1. Oktober wurden in Frenburg 3880 Personen festgestellt. 1925 waren es 3890, so daß eine Zunahme von 490 Personen zu verzeichnen ist. Nach Mühlstein und Dierfurt ist somit Frenburg die drittgrößte Stadt im Kreise.

Köln. Um das Feuerlöschwesen im Kreise Gedaritzberg zu fördern, soll auf die Gründung von freiwilligen Feuerwehren mehr Gewicht gelegt werden als bisher. Für Uniformierung der Wehren (etwa 40 Mk. pro Mann) werden Mittel von Gemeinden, Kreisen und Sozialität aufzubringen sein. Ferner soll auf ausreichende Ausrüstung der Wehren durch Anlegung von Vorräthern hingewirkt werden. Allerdings wird liberal dort, wo die Verhältnisse dies gestatten, die Anlage einer leistungsfähigen Wasserleitung zu bevorzugen sein. Die im Kreise bereits vorhandenen Motorpumpen, die während der Schlußarbeiten und Brandstiftungen in ausreichendem Maße benutzt und auf das Vorhandensein laubender Gerätehäuser ein Augenmerk gelegt werden. Im Februar oder Anfang März n. Br. wird auf Anregung des Landrats unter Leitung des Feuerlöschführers ein tanser Lehrgang für Feuerwehrsührer abgehalten werden. Als Tagungsort ist Klöden ausersuchen worden.

Wippra. Hier erlachte sich am Sonntag ein trauriger Vorfall, bei dem ein zwölfjähriges Mädchen den Leben bergehen mußte. Die Kinder eines hiesigen Einwohners machten sich beim Spielen an einem Fieberwagen zu schaffen und schraubten ihn los. Der Wagen kam ins Rollen; die Kleine, die in der Wäse hand, wurde vor den Augen der älteren Geschwister überfahren und starb kurz Zeit darauf.

Weißenfels. Kartenzugabe aus der Schweiz. Der frühere Büronotender J. des Kultursitzes Böhe hat sich Anmeldeunterlagen in der Verwaltung seines Amtes zu schaffen lassen und ist seit 14 Tagen verschwunden. Rechtsanwaltschaft der Radfahrer Justizrat Wöhler, hat karzulin gegen J. Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft wegen Untreue und Unterschlagung gestellt. J. hat aus der Schweiz und vertriebenen deutschen Orten mehrfach Karten geschickt und erklärte, zurückzuführen, was bis jetzt noch nicht gefast.

Halle. Das Ueberfallkommando im — Kranenhaus. Im Stadtkranenhaus, wo auch franzo Frauen untergebracht sind, wurden diese rabat gegen den Stadtrat und die Pflegerinnen. Um die Verdöhrten vor Mißhandlungen zu schützen, mußte das Ueberfallkommando versetzt werden, das die Wütenden dann in Einzelzimmern untergebracht hat.

Hettstedt. Einbrecher bedenk Formull in Brand. In das Gartenhaus eines Kaufmanns wurde eingeschlagen. Die Diebe drangen durch die gerärmerten Fenster in das Innere und nahmen Kleidungsstücke, eine Schlafdecke und andere Sachen mit. Hieran hatten sie einen Ballen Formull in Brand gesetzt und verschwand. Der Täter konnte bis jetzt noch nicht festgenommen werden.

Mottelbörde. Kurz vor der Hochzeit schwer verunglückt. Der fünfjährige verheiratete Gipsarbeiter Kranmüller aus Kellbra geriet unter eine schwere, aus dem Gleis geprungene Welle und erlitt schwere Verletzungen. A. wollte gerade seine Arbeitsstätte verlassen, als der Unglücksfall sich ereignete. Der Unfall ist um so tragischer, als am nächsten Sonntag im Hause die Hochzeit Kranmüllers gefeiert werden sollte.

Gefährungen. Doppelte Selbstmord aus Liebesmangel. Am 1. Umweil des Heres trat sich eine Tragödie ein. Ein Arbeiter aus Orlingen ließ sich mit einem Mädchen aus Werder auf der Straße Giesau—Bebra vom Juge Juge überfahren. Beide junge Menschen waren auf der Stelle tot. Wie es heißt, soll Liebessturm den entliegenden Entschluß angeregt haben.

Brandtendorf bei Hildburghausen. Drei Schwere Verletzte bei einem Motorradunfall. Während des Spiels der Radfahrerklub lief aus der Führerwache ein 4½-jähriges Kind in ein Eisenauto kommendes Motorrad. Der Motorradfahrer konnte dem Kind nicht mehr ausweichen und stürzte mit seiner auf dem Sozialis-geheimlichen Mütter. Wie drei haben erhebliche Verletzungen erlitten.

Weg. Spiel mit Sprengpatronen. In das Freyer Landestranenhaus wurde der Arbeiter Alois Schmid aus Kleingera eingekerkert, der mit Sprengpatronen gespielt hatte, die explodiert waren. Durch die Explosion wurden dem leichtmühtigen jungen Menschen zwei Finger überfahren und außerdem erlitt er schwere Verletzungen am ganzen Körper vor allem im Gesicht und an den Augen, so daß die Sehkraft gefährdet ist. Die Sprengpatronen will er im Waide gefunden haben.



In der bulgarischen Hauptstadt Sofia wurde der vor einem halben Jahre vollkommene ausgebaute Sitzungssaal des Parlaments nach seinem Wiederaufbau von König Boris eingeweiht. Oben: König Boris (rechts) nach der feierlichen Einweihung des wiederaufgebauten Parlaments die Front der Truppen ab. Unten: König Boris von Bulgarien (vor dem Kronenstuhl liegend) hält die Einweihungsrede im wiederaufgebauten Sitzungssaal des Parlaments in Sofia.

Erdföhe in der Bretagne. Wie aus Orient in der Bretagne gemeldet wird, machten sich seit einigen Tagen längs des Höhenzuges Landes de Rabaux Erdföhe bemerkbar, die nach dem Meere hin verließen. In vielen Häusern fiel der Fuß von den Dächern, das Gefährt wurde von den Füssen geschoben. Das Naturereignis, das etwa 10 Sekunden andauerte, wurde durch ein starkes unterirdisches Rollen angeündigt und begleitet.

Oberförsterei Ziegelroda

berfertigt Freitag, den 8. November, von 9 Uhr ab im Hotel „Zur Sonne“ in Nebra: **Auzholz**, Ditr. 8 = 230 Stk. Fichtenstangen IV. Kl. — **Brennholz**, Gide: Ditr. 2, 6, 10, 16, 17, 21 = 420 rm Scheit, Knorholz und Knüppel, Ditr. 10c = 180 rm Knüppel (2 m lang); Buche: Ditr. 8, 17 = 55 rm Knüppel, 23 rm Reisig; Linde: Ditr. 16, 17 = 16 rm Scheit, 5 rm Knüppel; Fichte, Kiefer: Ditr. 4, 8 = 6 rm Knüppel. — **Straupreise** bis 60 RM sind im Termin bar zu zahlen.

Tanzkränzchen

am Sonnabend, den 2. Nov. 1929, im Hotel „Burg“ laden wir Freunde und Gönner herzlich ein.

Radfahrer-Vereinigung Nebra und Umgebung.

Musik Minie

Stadt-Sichtspiele Preuß. Hof

Sonntag, den 3. November, 8^{1/2} Uhr:
Der Spion von Odessa

Ferner:
Die Liebe eines Brasilianers.
Es ladet freundlichst ein **Vorgwardt.**

Hotel „Zur Burg“

Dienstag
Schlachtfest

Abends:
Groß. Wurstschmaus.
Es ladet freundlichst ein **Oswald Mäder**

Feinst geröstete Kaffees

1/4 Pfund zu 75 Pfg., M.W. 1.— und 1,10
Verkauf nur aus modernen hygienischen
Kaffee-Verkaufbehältern

ff. Misch-Kaffee
mit 25% Bohnenkaffee

1/2 Pfund 50 Pfg. 1/2

empfiehlt — stets frisch —

August Oelschig
Breite Straße 29

Einbelegung reicher Steinofenlager in der Sowjet-ukraine. Wie aus Moskau gemeldet wird, sind unweit der Stadt Uman in der Sowjetukraine größere Steinofenlager entdeckt worden. Stellenweise erreicht die Kohenschicht 15 Meter im Durchmesser.

Die Prohibitionsvergehen in Amerika. Die amerikanische Regierung hat während des am 30. Juni zu Ende gegangenen Geschäftsjahres nach Meldungen aus Washington insgesamt etwa 17 Millionen Mark an Strafen für die Verletzung der Prohibitionsgeetze eingenommen. Die Zahl der zu Gefängnisstrafen verurteilten Personen beträgt 21 602, was gegenüber dem Vorjahre eine Vermehrung von nahezu 2000 darstellt. Gerichtsfällig angeklagt wurden während des vergangenen Jahres nicht weniger als 56 786 Personen, wovon allerdings 18 359 aus dem vergangenen Jahr übernommen wurden.

Die Radiumforscherin Curie bei Hoover. Die bekannte französische Radiumforscherin Curie ist vom Präsidenten Hoover im Weißen Hause im Washington empfangen worden, der für als Geschenk 50 000 Dollar zum Ankauf eines Grammes Radium überreichte.

Börse und Handel.

Antike Berliner Notierungen am 31. Oktober 1929.

Produktenbörse. Die Halle vom Mittwoch an den amerikanischen Produktenbörsen blieb nicht ohne Eindruck auf den Berliner Produktenverkehr. Am Markte für Getreide lagen die Eröffnungsnotierungen für Weizen um 1,50 Mark fester. Roggen konnte nur noch unbedeutend im Preise anziehen. Am Rohenerfernter stand das Angebot am Weizen gering und fand zu um 2 Mark höheren Preisen willige Aufnahme. Waggons verladener Roggen nur wenig angeboten. Rohenernter fand reichlich zur Verfügung, fand jedoch infolge zu hoher Forderungen der Käufer nur wenig Abnahme. Meist zeigte leichte Anläufe zu einer Belebung.

Am amtlich festgesetzten Preisen wurden genannt: Weizen (märk.) 229—230, Roggen (märk.) 171—176, Braugerste 194 bis 218, Futtergerste 172—188, Soja (märk.) 162—172, Weis 197 bis 198, Weizenmehl 27,50—33,00, Roggenmehl 23,00—26,00, Weizenkleie 11,00—11,50, Roggenkleie 9,00—9,50, Vitoriaerbsen 23—40, Futtermehle 21,00—22,00, Agerbohnen 19,00—21,00, Erbsen 18,00—18,50, Bohnen 18,50—19,00, Getreide 23,50—24,00, Trockenfenchel 9,50—10,20, Sojabohnen 18,60 bis 19,90, Kartoffelstolzen 15,00—15,40.

Frühmehl, Sofer, gut 196—210, mittel 192—195, Wintergerste, gut 190—195, Sommergerste, gut 204—218, Futterweizen 250—255, gelber Weizenmehl 200—205, feiner Mais 100 216—228, Tausendkörner 310—320, Weizenkörner 200—202, Mäherbohnen 270—280, Weizen 320—330, Futtermehl 102—106, Roggenkleie 100—105, Roggen-Vollmehl 120—125, Weizenkleie 114 bis 118, Weizen-Vollmehl 125—130, Mehl (alles pro 1000 Kilogramm exkl. Sack) ab 100 bis 105.

Kartoffelmehl, Weisje 190—220, rote und Dornmüßer 2,50—2,60, gelbe (außer Kisten) 2,50—2,70, Fabrik-Kartoffeln 8,50 bis 9,50 Pfg. pro Sack (Kisten).

Umschwung an der New Yorker Börse. Die New Yorker Börse ging gänzlich übermüdet.

Die neue Haltung der New Yorker Börse stellte einen vollen Umschwung in der Entwicklung dar. Die New Yorker Börse ging gänzlich übermüdet, nachdem die Kurse zum Teil bis zu 30 Punkten wieder angezogen haben.

Die Entscheidung des New Yorker Börsenvorstandes, während des Abendbesuches eine Unterbrechung der Börsennotierungen durchzuführen, um dem überarbeiteten Personal Gelegenheit zu einer Ausspannung zu geben, wird von den führenden Banken sehr begrüßt, da die Ruhepause vom Freitag bis zum Montag nach ihrer Durchführung die Zuverlässigkeit in der Börsennotierung weiter vergrößern werde.

Den Herren **Gastwirten** empfehle ich meine **Kraftverleihanlagen** und führe dieselben gern innerlichlich vor. Bitte wenden Sie sich an das **Spezialgeschäft d. Unstruttals** **Radio-Fürstmann** **Rossleben**

Radio-Fürstmann, Rossleben

Das Spezialgeschäft des Unstruttals

empfeilt sich zur Aulage von Radiogeräten bei bester Bedienung, auch gegen befristete Monatsraten-Zahlung. Besuchen Sie das reichhaltige Lager und lassen Sie sich die verschiedenen Apparate unverbindlich vorführen.

Stets am Lager sind für Netzbetrieb
Telefunken 40, Paladim 20, Seibt-Vierrohren-Schirmgitter, Mora 3 und 4 Röhren, Lorenz 4 Röhren, Huth-Schirmgitter, AEG 3 Röhren. — Für Batteriebetrieb 20 verschiedene Markenfabrikate. Partizipanden stets frisch am Lager. Lautsprecher, elektromagnetisch und elektrodynamisch in denkbar größter Auswahl. Notizen in allen Preislagen.

Die Wozu für niemanden **Günstig!**
Verlangen Sie Druckschriften über Wohnungs-Kredite für Wohn- u. Wirtschaftliche Heimstätten kostenlos vom **Reichsbund für Siedlung, Berlin C2** Bestenstellen in ganz Deutschland



Runzeln und Fältchen über der Nasenwurzel, der Stirn, neben und unter den Augen entstehen, wenn Sie einen **AUGENFEHLER** haben, der nicht richtig auskorrigiert ist. Andere Beschwerden, wie z. B. Kopfschmerzen oder Druck über den Augen nach längerem Lesen, Sicken usw., Migräne, leichtes Tränen der Augen, Schwindelgefühl, schnelles Ermüden, Verschwimmen der Buchstaben und Zeilen sind auf die gleiche Ursache zurückzuführen. Lassen Sie sich daher Ihre Augen durch mich richtig auskorrigieren. Das Fachgeschäft für moderne Brillen-Optik **Rudolf Gabriel, Rossleben** Staatl. geprüfter Optiker **Fachmännische Brillen-Anpassung** auf wissenschaftlicher Grundlage

Wie neu für nur 6,50 Mk. chem. **reinigt und bügelt** Ihren Anzug **Färberei Bartels** Annahme: Friedrich Krey, Nebra.

Merken Sie sich WOLKO
Herren u. Damen Schuhe
8 75 10 75 12 75 14 75
Hermann Sachse
Schuhmachermeister.

Miele die erfolgreichste Zentrifuge erhöht die Einnahme

Eine bessere gibt es nicht!

Mielewerke Aktiengesellschaft
Größte Spezialfabrik Deutschlands
Güterstr. 10, Westfalen
Fordern Sie Preis- und Zahlungsbedingungen vom nächsten Händler!

Französisch übt oder lernt man rasch und gründlich, wenn Vorkenntnisse vorhanden, mit Beihilfe einer französischen Zeitung. Dazu eignet sich ganz besonders der vorzüglich redigierte und bestempfohlene **Le Traducteur** Französ.-deutsches Sprachlehr- u. Unterhaltungsblatt. Probehefter kostenlos durch den Verlag des Traducteur in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM

Schriftleitung: W. H. Sauer in Köhleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Köhleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weiz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmen 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bantverein Nebra.

Nr 130

Sonnabend, den 2. November 1929

42. Jahrgang

Ergebnis des Volksbegehrens.

Berlin, 1. November. Das letzte Resultat für das Volksbegehren ergibt 3 019 895 Stimmen von 31 268 868 Wahlberechtigten, das heißt 9,7 Prozent.

Im Stresemanns Erbe.

Beratungen der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 1. November.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei war in ihrem Fraktionszimmer zu einer Sitzung zusammengetreten, die sich zum ersten Male nach dem Tode Stresemanns eingehender mit der gelamten politischen Lage beschäftigte. Die Sitzung dauerte bis in die späten Nachmittagsstunden, und in ihr wurden alle wichtigen Fragen der auswärtigen und der inneren Politik behandelt.

Zur auswärtigen Politik hatte Dr. Curtius das Wort ergriffen. Es war den Ausführungen zu entnehmen, daß die Partei von der bisher eingehaltenen Linie ihrer Politik nicht abzuweichen gewillt ist. Schon vor der Fraktionsführung ging die Stimmung der Abgeordneten der Volkspartei dahin, daß verjast werden soll, den Youngplan trotz aller schwerer Bedenken gegen die durch ihn der deutschen Volkswirtschaft auferlegten Lasten parlamentarisch zu erledigen und Johann mit der Sozialdemokratie die Reform der Reichsfinanzen, insbesondere der Steuern, zu verhandeln.

Da mit der endgültigen Betrauung Dr. Curtius' als Außenminister in der nächsten Tagen gerundet werden kann, würde das Reichswirtschaftsministerium frei werden, mit dessen Befugung durch ein Mitglied der Volkspartei gerundet wird.

Die Haushaltung des Reiches.

Hilfsberingung vor dem Haushaltsausfluß.

Berlin, 31. Oktober.

Im Haushaltsausfluß des Reichstages gab Reichsfinanzminister Dr. Hilferding einen Überblick über die Haushaltslage des Reiches. Er hat um die besprechende Beratung des Begehrens zur Veränderung der Reichshaushaltsordnung. Dem Reichstag werde in dieser Hinsichtung noch ein Nachtragshaushalt für 1929

und auch der Haushaltsplan für 1930 gegeben. Die Beratungen der Reichshaushaltsordnung müßten dann abgeschlossen sein, damit an diesen Entwurf sofort herangegangen werden könne. Er habe schon bei der Haushaltsberatung für 1929 darauf hingewiesen, daß ein Nachtrag notwendig sein würde. Einmal seinen durch

Die Sparmaßnahmen des Reichstages

die Haushaltsanfrage zu eingegangen, daß gewisse Änderungen notwendig seien. Er habe rüchsigkeiten über- und außerplanmäßige Ausgaben abgelehnt. In gewissen Umjänge müßten aber erhöhte Ausgaben nachträglich in den Haushalt eingestellt werden. Den Nachtrag werde er sofort vorlegen, wenn die Haager Verhandlungen über den Young-Plan mit einem positiven Ergebnisse abgeschlossen seien.

Der Minister erklärte weiter, es könne keine Rede von einer angeblichen Verschleppung der Vorlage des Nachtragshaushalts und von einer dadurch eintretenden Verpelung von Reichsgeldern sein; denn solange der Nachtrag nicht vorgelegt ist, könne auch keine Ausgabe erfolgen.

Der Haushalt für 1930

werde auf der Finanzreform aufgebaut sein, die eine Senkung der Steuerlast zum Ziele habe. Die Reform werde an einer Senkung der Einkommensteuer und an den Realsteuern nicht vorübergehen. Sie habe zur Voraussetzung eine echte Bilanzierung des ordentlichen Haushalts und eine fortschreitende Gehaltung des außerordentlichen Haushalts.

Die Sanierung der Rentenlage.

Jeweils sie auf den ungedeckten Extracreditarium beruhen, könne durch Anleihen erfolgen. Als im Jahre 1928 im Reichstag das Arbeitsbeschaffungsprogramm gebilligt worden ist, seien sich alle Parteien darin einig gewesen, daß dieses Programm durch langfristige Anleihen gedeckt werden soll. Diese Erwartung habe getäuscht. Es müßte aber jetzt Kredite in langfristige umzuwandeln. Der Minister erklärte, er habe nicht gezeugt, die zu günstigen Bedingungen angebotene Anleihe von einer halben Milliarde Mark mit Kreuzer und Zoll abzuschließen. Die durch sie eingehenden Beträge würden nur zur Abdeckung der kurzfristigen Kredite benutzt werden, was einen weiteren großen Fortschritt in der Sanierung der Rentenlage bedeute.

Von der Finanzreform erziele ein gewisser Auftrieb der Wirtschaft erwartet werden.

Die Arbeitslosigkeit sei eine Folge der Rationalisierung, durch die unsere Industrie wieder wettbewerbsfähig geworden ist, was die aufsteigende Kurve der Ausfuhr und die Aktivität der Handelsbilanz beweise. Eine erhebliche Neuerschließung der Wirtschaft sei nicht eingetreten. — Der Minister wandle sich zum Schluß der Vorlage zu, deren hauptsächlichster Inhalt sei:

Ungeordnete Ausgaben dürfen, soweit Einnahmen aus Anleihen nicht zur Verfügung stehen, mit Zustimmung



der Zustimmung während an den Verhandlungen beteiligt ist. Es darf weiter angenommen werden, daß die Reichsregierung, falls im Februar nächsten Jahres in Gené eine Einigung möglich sein sollte, die dem Verzicht auf Jollerhöhdungen durchaus anschließbar wird.

In Verbindung damit steht die Schaffung eines europäischen Zollrechts.

Bisher hat man sich insbesondere auf den Genéer Verhandlungen mit der Zollministerkatur beschäftigt. Die Fragen sind insofern für Deutschland von besonderer Bedeutung, als man auch bereits seit langer Zeit mit der Erneuerung des deutschen Zollrechts befaßt ist. Denn dieses Zollrecht, das noch aus dem Jahre 1869 stammt, ist überaus reformbedürftig. Es hat aber keinen Zweck, hier noch eine Reform vorzunehmen, wenn innerhalb einer bestimmten Frist mit einer Vereinbarung der allpolitischen Bestimmungen in Europa verhandelt werden kann.

Schwierige Kabinettsbildung in Paris.

Daladier gibt seinen Austritt zurück.

Paris, 31. Oktober.

Der Vorsitzende der Radikal-Sozialistischen Partei, Daladier, hat sich zu dem Präsidenten der Republik Doumergue begeben, um ihm mitzuteilen, daß er, nachdem die Sozialisten abgelehnt haben, den ihm gegebenen Auftrag der Kabinettsbildung nicht durchführen könne.

In den Wandelgängen der Kammer führt man diesen Weisfluß Daladiers mit dem Einfluß seiner Fraktionskollegen Serriot, Caillaux und Malvy zurück. In den frühen Morgenstunden wird in Paris bekannt, daß Daladier, nachdem er bis nach 1 Uhr nachts seine Beratungen fortgesetzt hatte, endgültig auf die Regierungsbildung verzichtete.

Daladier begründet seinen Entschluß damit, daß es ihm nicht möglich sei, ein Einverständnis herzustellen und es im Einverständnis mit seinen politischen Freunden die Bildung einer Konzentrationregierung vorzuziehen müsse. In einer Erklärung, die der Präsident der Radikalen abgab, heißt es u. a., daß er seit seiner Beauftragung mit der Kabinettsbildung stets das Ziel verfolgt habe, eine Vinsregierung zu bilden, die von einer Mehrheit unterstützt, die soziale Reform und die Organisation des Friedens sowie der Einschränkung der Speeresgaben verteidige. Eine bezerrige Politik habe die Mitarbeit und Verantwortlichkeit sämtlicher Vintgruppen erfordert.

Wenn auch der Weisfluß der Sozialisten eine Unterstützung seiner Politik zulagte, so verzweigten sie doch die Mitverantwortung an der neuen Regierung. Im ersten Augenblick habe es geschienen, als ob eine Fortsetzung der Bemühungen dennoch von Erfolg gekrönt sei, wenn sich die Regierung auf die übrigen Vintgruppen stützen könne.

Mißstimmung bei den Sozialisten.

Die Entscheidung des sozialistischen Nationalrates, der sich mit knapper Mehrheit gegen die Beteiligung an einer Regierung Daladiers ausdrückte, und damit die Entscheidung der parlamentarischen Gruppe umliebt, hat in Kreisen der

sozialistischen Beteiligungsanhänger lebhaftige Mißstimmung hervorgerufen. Am Dienstag verammelten sich etwa 60 sozialistische Abgeordnete in der Kammer, um darüber zu beraten, ob sie das Urteil des Nationalrates anerkennen sollten.

Es wurde einstimmig beschlossen, die Angelegenheit vor eine außerordentliche Nationaltagung der Partei zu bringen, die noch vor dem 1. Januar einberufen wird. Dieser Nationaltagung soll eine Protestschrift unterbreitet werden, bei deren Nichtberücksichtigung die Anhänger der Beteiligungspolitik in Erwägung ziehen, aus der Partei auszutreten.

Am Schluß dieser Beratung wurde eine von Vincent Auriant verlesene Entschließung angenommen, in der die Anhänger der Beteiligungspolitik der radikalsozialistischen Partei ihren Dank für das offene Angebot aussprechen, das sie den Sozialisten gemacht hätten. Sie würden auch weiterhin jede Politik unterstützen, die die Reform und den Frieden zum Ziel habe.

... und Tardieu im Hintergrunde.

Clementel bei der Regierungsbildung.

Paris, 1. November.

Der Bildung des Kabinetts Clementel steht man im allgemeinen zuversichtlich entgegen, obgleich von der Verteilung der Ministerstellen noch nicht die Rede gewesen ist. Man glaubt allgemein, daß außer Briand Tardieu als Kriegs- oder Marineminister, Chéron als Finanzminister, Maginot als Kolonialminister und Loucheur als Arbeitsminister dem Kabinetts Clementel angehören werden. Von den Radikalen hätten Chaumont, der Senator Besnard, Luceille, Marchandeau, Berthand und André Hesse die meiste Aussicht. Clementel werde voraussichtlich das Portefeuille für Handel und Industrie sowie das der Post übernehmen.

In der Kammer bringt man einer Regierung Clementel weder besondere Begeisterung noch irgendeine Ablehnung entgegen. Die vereinigte republikanischen Demokraten (Marin-Gruppe) haben eine Verlautbarung veröffentlicht, nach der sie einstimmig beschloßen haben, die Fällung mit den benachbarten republikanischen Gruppen aufrecht zu erhalten, um insofern in Bezug auf die Innen- als auch auf die Außenpolitik die Arbeiten fortzuführen, die im nächsten Winter vor drei Jahren von Poincaré begonnen wurden. Sie rechnen wohl hart mit einem Scheitern Clementels, dem dann Tardieu folgen dürfte.

Der deutsch-polnische Ausgleich.

Polens Verzicht auf Liquidationen.

Berlin, 1. November.

In parlamentarischen Kreisen werden die deutsch-polnischen Verhandlungen mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, da sie zweifellos das Gesamtverhältnis der deutsch-polnischen Beziehungen in hohem Maße beeinflussen werden. Wenn auch kein direkter Zusammenhang zwischen den jetzigen Liquidationsverhandlungen und den Handelsvertragsverhandlungen besteht, so darf doch angenommen werden, daß von einem betrieblichen Ausgleich auch der Fortgang der Handelsvertragsverhandlungen günstig beeinflusst wird.

Der Kernpunkt der deutsch-polnischen Verhandlungen drehte sich um die Liquidationen, und hier hat sich die polnische Regierung bereit erklärt, gemäß den Empfehlungen des Young-Planes die Liquidation in Zukunft einzustellen. Weiter die Forderung werden wird voraussichtlich eine finanzielle Einigung erfolgen, und ebenso wird der Weisfluß, der sich jetzt noch in der Hand deutschstämmiger polnischer Staatsbürger befindet, vor Zugriffen der polnischen Regierung abgesichert sein.

Pilsudski und der Sejm.

Gerüchte um den Rücktritt des Kabinetts.

Warschau, 1. November.

Im polnischen Parlamentsgebäude fand eine Sitzung der Pilsudskifraktion statt, und auch der Zentrum, d. h. der neue parlamentarische Block des Zentrums und der Linksoption, trat zu einer vorbereitenden Sitzung zusammen, um verschiedene Anträge auszuarbeiten und letzte Beschlüsse bezüglich der Taktik gegenüber der Regierung zu fassen. Außerdem fand in einer Vertretung eine Führende Sitzung des Zentrums statt, auf deren Tagesordnung die Fällung des Wortlautes des gemeinsamen Mißtrauensantrages gegen das Kabinetts Emsalfisi stand. Der Antrag soll vermutlich im letzten Tage der Generaldebatte eingebracht werden. Sowohl die nationaldemokratische wie die sozialistische Fraktion haben weitere Sitzungen angeordnet.

Der Ministerpräsident Emsalfisi, der auf der Sitzung des Mißtrauiskomitees der Regierung von einem Anstoß sein besaßen wurde, hat das Zimmer hüten müssen. Es ist noch nicht bekannt, wann der Ministerrat zusammen treten wird. In den Wandelgängen hat sich das Gerücht verbreitet, daß das Kabinetts Emsalfisi zurückgetreten ist oder doch vor dem Rücktritt stehe. Man will daraus folgern, daß